

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüet, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radesornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 150

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto. —

Halver
Samstag, den 29. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd u. Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und am Abend. —

1929

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Am Tage von Versailles fanden im ganzen Reich mächtige Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge statt.
- * Der Deutsche Reichstag ging nach einer stürmischen Nachtigung in die Sommerferien.
- * Der Staatsrat stimmte dem Konfordat zwischen Preußen und dem Vatikan zu.
- * Vor dem Deutschen Handels- und Industrietag in München hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine hochbedeutende Rede über den Young-Plan.
- * Manasse Friedländer wurde wegen Totschlages zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Ueberraschungen.

Kampf um das Republikanengesetz. — Zwei Ministerpräsidenten. — Gratis und franko.

Wer ein Freund nicht nur mit der Zunge zu schmelzender, sondern auch parlamentarisch-politischer Lederbissen ist, der kann in diesen kühlen Sommermonaten sehr gut auf seine Kosten kommen. Der Reichstag taumelte förmlich durch ein unübersehbares Gewirr von Notgesetzen und Hilfsmassnahmen, von Entschlüssen und namentlichen Abstimmungen dem vorläufigen Abschluß seiner Beratungen entgegen, und Regierung und Opposition mußten sich in die unausbleiblichen Überraschungen teilen, die bei einer notwendigerweise so überstürzten Massenabschlachtung eines gewaltig aufgelaufenen Arbeitsprogramms immer herauszukommen pflegen. Die Reichsparteien haben eine ziemlich empfindliche Einschränkung des der Landwirtschaft ursprünglich zugesprochenen Zollschutzes hinzunehmen, während das Reichskabinett zu sehen muß, wie ihm das Republikanengesetz einseitig einmal aus der Hand gewunden wird, dessen Verlängerung auf drei Jahre es beantragt hatte, während der Reichstag es schon in zweiter Lesung nur noch ein Jahr in Kraft lassen wollte. Jetzt ist es völlig unter den Tisch gefallen, da die Wirtschaftspartei, verärgert durch die Haltung der Regierungsparteien in einer wichtigen Frage des Privateigentums, aus der Reihe tanzte. Freilich ist das letzte Wort auch in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen; wenn erst der Herbst ins Land kommt, wird Herr Severing den Reichstag abermals mit der gleichen Vorlage besessen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß mit dieser parlamentarischen Entscheidung unsere innenpolitische Lage doch ein wesentlich verändertes Gesicht angenommen hat, und daß man danach nicht wissen kann, wie die Verhältnisse beschaffen sein werden, wenn die Volksvertretung wieder zu löblichem Tun zusammentritt.

So arg wie im Freistaat Sachsen wird es in der Reichshauptstadt allerdings schon nicht gut werden können. Dort leistet man sich im Augenblick den Luxus von zwei Ministerpräsidenten. Den einen hat das neugewählte Parlament im dritten Wahlgang an die Spitze der Regierung berufen, während der andere, das bisherige Oberhaupt der Regierung, feierlich erklärt, seinen Posten nicht aufgeben zu können, weil diese Wahl noch seiner Meinung nicht ordnungsmäßig zustande gekommen sei. Vielleicht wird auch hier wieder erst irgendein Staatsgerichtshof in Anspruch genommen werden müssen, den Streit zu schlichten; bis dahin einigen sich die beiden Herren möglicherweise dahin, daß der eine an den geraden, der andere an den ungeraden Tagen die Sachsen „regiert“. Unfraglich aber laufen wir, wenn das so weitergeht mit dem Parlament und mit dem Regierungsspielen in deutschen Landen, Gefahr, uns einigermaßen lächerlich zu machen in der großen Welt draußen jenseits der Reichsgrenzen, wo man Versassungsfragen dieser Art doch ungleich ernster zu behandeln gewohnt ist. Auch in Mecklenburg weiß noch kein Mensch zu sagen, wie die neue Regierung aussehen soll, die der eben gewählte Landtag demnächst einsetzen muß.

Über andererseits: auch im Lager der Nuknicker des Versailler Vertrages ist nicht alles Gold, was glänzt. Herr Poincaré bekommt früher, als er es wohl gedacht hatte, den Wechsel der Dinge zu spüren, der mit dem Siege der britischen Arbeiterpartei sich entschieden hat. Die Regierung des Herrn Macdonald steht ihm nicht mehr so selbstverständlich zur Verfügung, wie Herr Chamberlain zu tun für richtig gehalten hatte. Sie hat als Konferenzort zur Regelung der Folgerungen, die aus dem Young-Plan zunächst gezogen werden sollen, London in Vorschlag gebracht, während der französische Ministerpräsident sich schon förmlich in den Gedanken verliert hatte, diese Zusammenkunft von Regierungshäuptern unter seinem Vorsitz in Paris sich vollziehen zu sehen. Es sind nicht gerade wohlgeordnete Liebenswürdigkeiten, die wegen dieser Meinungsverschiedenheiten nun über den Armeekanal herüber- und hinübergehen, und fast sieht es so aus, als hätte man in Paris bereits eine deutsche Empfindung davon, daß auf diese erste Überraschung noch viel unbequemere Eigenwilligkeiten des neuen Beherrschers des Britischen Reiches folgen könnten. Einstweilen redet Herr Poincaré immer noch funden- und tagelang vor den zuständigen Kammerausschüssen über Aufwertungs- und Schuldenfragen und über Gott und die Welt. Kein Mensch weiß vorläufig zu sagen, worauf er mit diesen erstaunlichen Zungenleistungen eigentlich hinauswill, und warum er, nachdem er es mit der grundsätzlichen Annahme des Young-Planes zuerst so furchtbar eilig hatte, nun plötzlich einer Vertagung der politischen Konferenz bis in den August hinein das Wort redet. Meint er, daß er die Deutschen noch möglichst lange nach der Räumung des Rheinlandes zappeln lassen solle, damit sie auf diese Weise für die Bewilligung weiterer Zugeständnisse, sei es am Rhein, sei es an der Saar, oder sei

Dr. Schacht über den Youngplan

Die Pariser Vereinbarungen.

Eine Rede in München.

Der Hauptauschuss des Deutschen Industrie- und Handelsrates hielt in München eine große Versammlung ab, vor der Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Pariser Sachverständigenkonferenz und deren Abmachungen sprach. Der Versammlung wohnten auch zahlreiche Vertreter der Staats- und Reichsbehörden bei, unter anderen der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, Innenminister Dr. Stübel, Finanzminister Schmölzer, als Vertreter der Reichsregierung Herr v. Daniel.

Anwesend waren weiter der frühere Reichswirtschaftsminister Hamm und der Präsident des Reichsfinanzhofes Jahn. Nach der Rede dankte Präsident v. Mendelssohn Herrn Dr. Schacht für die aufopfernde Leitung der Pariser Verhandlungen.

Kein erfreuliches Ergebnis.

Dr. Schacht nannte in der Einleitung das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz für Deutschland nicht erfreulich. Wenn die deutschen Vertreter dennoch unterschrieben hätten, ganz gleich, ob aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen — einzig und allein komme in Betracht, ob für das zukünftige Wohl des deutschen Volkes etwas erreicht werden konnte. Die Sachverständigen hätten lediglich nach ihrem Wissen und Gewissen gehandelt. Mit der deutschen Regierung und der deutschen Wirtschaft, sowohl Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, mußten sie selbstverständlich Fühlung unterhalten. Das Ergebnis kann nur dann richtig gewürdigt werden, wenn man es in den Gang des großen politischen Geschehens einreicht. Abertriebene Erwartungen hatten von vornherein keine Aussicht auf Erfüllung. Zweifellos ist es bedauerlich, daß die französische Politik unser moralisches Recht auf die sofortige Räumung des Rheinlandes mit der Frage finanzieller Entschädigungen zu verquiden versuchte.

Es war unmöglich, Fragen der großen Politik aufzurollen, wie etwa die Kriegsschuldlüge oder Besprechungen über die Rheinlandräumung, die Rückgabe des Saargebiets, die Serbifizierung einer unparteiischen Abstimmung über Copen-Masmeby, die Wiedergutmachung des oberflächlichen Unrechts, die sinnlose Abtrennung Ostpreußens vom Reich, den Raub des deutschen Privateigentums oder die Wegnahme der deutschen Kolonien.

In allen Erörterungen haben die deutschen Delegierten sich auf rein wirtschaftliche und finanzielle Gedankengänge beschränkt. Eine Abschätzung der jährlichen Reparationsleistungen mußte nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Die Gegner wollten aber bestimmte, schon feststehende Mindestzahlungen von Deutschland erhalten. Das Memorandum der deutschen Sachverständigen vom 17. April machte den Gedanken klar, daß die Ansprüche der Gläubiger-

nationen nicht weiter gehen konnten als bis zu einem

der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechenden vernünftigen Grenze.

Sollte die deutsche Leistungsfähigkeit gehoben werden, so erschien insbesondere eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion, eine größere Aufnahmebereitschaft der deutschen Märkte für deutsche Waren und eine stärkere selbstständige Rohstoffversorgung der deutschen Industrie notwendig.

Der Reichsbankpräsident erörterte darauf die bekannten Vorgänge und das Handeln um die Höhe der jährlichen Zahlungen, und kritisierte die uneinheitliche Haltung der deutschen Presse. Schließlich sei für die deutschen Sachverständigen der Augenblick gekommen zur Entscheidung, ob es besser sei, die Konferenz ergebnislos auseinandergehen zu lassen oder auf den vom Vorsitzenden gemachten Vermittlungsvorschlag einer Durchschnittsjahreszahlung von 1988,8 Millionen Mark einzugehen. Sie suchten die für Deutschland notwendigen Sicherungen in den Plan einzubauen. Dr. Schacht ging im einzelnen noch auf diese Sicherungen ein und auf die geplante Bank für den internationalen Zahlungsausgleich. Diese Bank werde ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie zur Verfügung stehende Mittel dazu verwende, um den Weltmarkt und Deutschlands Anteil daran zu beleben. Wenn die deutschen Sachverständigen den Young-Plan endlich empfohlen haben, so ist darauf hinzuweisen, daß grundsätzlich eine Verständigungspolitik mit den Gegnern die einzige Möglichkeit bietet, in geduldiger, friedlicher Arbeit aus der verhängnisvollen Lage herauszukommen, in die uns der verlorene Krieg gebracht hat.

Gewalttame Befreiungspolitik ist nicht möglich.

Solange jedoch die innere Zerrissenheit und Zerküftung im deutschen Volke andauert, wird es noch ungeheurer Erziehungsarbeit bedürfen, um aus dem jetzigen Zustand herauszukommen. Diejenigen, die an die Zukunft des deutschen Volkes noch glauben, müssen sich mutig und ehrlich auf den demokratischen Boden stellen, auf dem allein eine Gemeinschaftsarbeit für eine bessere Zeit erwachsen kann. Die materielle Grundlage für das Leben der breiten Massen in Deutschland muß nach Möglichkeit erhalten und ausgebaut werden. Ohne ausländisches finanzielles Vertrauen zu Deutschland erscheint eine wirtschaftliche Erholung als ausgeschlossen.

Der Redner empfahl zum Schluß Besserung und strenge Ordnung in der deutschen Finanzwirtschaft, Spararbeit vom Reich herab bis zu den Gemeinden. Er hoffte, daß sich keine parlamentarische Mehrheit in Deutschland finden werde für die politische Ratifizierung des Young-Planes, wenn nicht die sofortige bedingungslose Räumung des Rheinlandes und eine befriedigende Regelung der Saarklage erfolge. Der Young-Plan muß ein Friedensinstrument sein oder er wird überhaupt nicht sein.

Der Tag von Versailles

Protest! Protest! Protest!

Mächtige Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge.

Die Erinnerung an den Tag von Versailles, der Deutschland vor zehn Jahren die politischen und wirtschaftlichen Fesseln brachte, unter denen es leidet und noch lange leiden soll, rief in allen Teilen des Reiches und in den abgetrennten Gebieten mächtige Kundgebungen hervor.

Protest und immer wieder Protest!

Das war der Grundton, auf den alle Verlautbarungen abgestimmt waren. Ob in den Parlamenten sich die Vertreter der Länder versammelten oder unter freiem Himmel zum Geläute der Kirchenglocken die Menge zusammentrat, um des Trauertages zu gedenken, überall wurde das Bekenntnis laut, nicht müde zu werden im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge und die sich auf ihr aufbauende schwere seelische und wirtschaftliche Belastung.

Von der Maas bis an die Memel.

So fand auf einer Massenversammlung im Berliner Stadion eine Entschliessung Annahme, die mit folgenden begeistert ausgenommen Worten schloß: „Wir fordern die Rechte eines souveränen und wehrhaften Volkes zurück. Wir fordern die sofortige Zurückziehung der Besatzung. Solange Deutschland in den Ketten des Versailler Diktats und der anderen Tributverträge liegt, wird niemals wahrer Friede für Deutschland und in Europa und der ganzen Welt herrschen. Wir bekennen uns mit aller Deutschen zu einem freien, wehrhaften Reich von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Velt.“

Unter dem Geläute der Domglocken.

Zu einer von sämtlichen bürgerlichen Parteien veranstalteten großen Kundgebung auf dem Domplatz in Köln hatte sich eine nach Zehntausenden zählende Menge eingefunden, um gegen die Schuldlüge und gegen die

Fortdauer der Besetzung zu protestieren. Mit dem unter dem Geläute der Domglocken gemeinsam gesungenen Deutschlandlied erreichte die Kundgebung ein würdiges Ende. — Und so fanden.

In allen Städten des Reiches

öffentliche Kundgebungen statt, in denen besonders der Vorwurf der deutschen Kriegsschuld mit Nachdruck zurückgewiesen wurde. Nebenher gingen zahlreiche Aufrufe von Verbänden und Bünden, die alle das gleiche Bekenntnis ablegten.

Zurück zum Reich!

Eine große gemeinsame Saarkundgebung veranstalteten die politischen Parteien des Saargebiets in Saarbrücken. Sie hatte den Zweck, den unerschütterlichen Willen der Saarbevölkerung zur baldigen Rückgliederung zum Reich machtvoll zum Ausdruck zu bringen. In dem „Zurück zum Reich“ überschriebenen Aufruf heißt es: „Die Welt soll wiederum die Stimme der gegen ihren Willen vom Vaterland getrennten Saarbevölkerung hören, die ernst und dringlich verlangt, zugleich mit der Rheinlandräumung zum Vaterland zurückzukehren.“

Ein Mißton.

Deutschvölkische Studenten veranstalteten in Berlin aus Anlaß des Verbots der Kundgebungen in den Universitäten auf dem hinter der Universität liegenden Hegelplatz eine Protestversammlung. Die Schutzpolizei griff ein und zerstreute die Studenten, die nun vor dem Kultusministerium gegen das Verbot demonstrierten. Als auch hier die Schutzpolizei einfiel, kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf einer der Schutzpolizeibeamten einen Schreckschuß abgab. Ein Teil der Studenten zog dann vor das Palais des Reichspräsidenten. Hier riefen sie ununterbrochen im Takt den Namen des Reichspräsidenten. Sie wurden schließlich zerstreut, wobei mehrfach vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte.

es am Rhein und an der Saar, gestüg werden? Die Rheinländer zuden die Achsen, wenn sie von solchen Zumutungen hören; verlangen jetzt die Räumung ihres Gebietes „gratis und franko“ und nicht „per Nachnahme“, und sie werden nicht zugeben, daß um ihre Willen etwa neue Schachergehalte eingeleitet werden, nur damit Herr Poincaré bei guter Laune erhalten wird. Er wird

nach Japan, so oder so in das unvermeidliche Jagen müssen. Die Aussicht besteht, daß ihm der englische Ministerpräsident dabei zu Hilfe kommt. Überraschungen, die Macdonald der Welt nach dieser Richtung hin zu bereiten gedenkt, sollen uns jedenfalls durchaus willkommen sein.

Dr. Sch.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Vorbereitung der politischen Konferenz.

Das Reichskabinett beschäftigt sich mit den vorbereitenden Arbeiten für die sich aus dem Abschluß der Pariser Sachverständigenberatungen ergebende politische Konferenz. Das Reichskabinett stellte dann einmütig die für die Haltung der deutschen Delegation maßgebenden Voraussetzungen fest.

Die Neuordnung der Ministerpensionen.

Das Reichskabinett hat jetzt das „Reichsministergehaltsgesetz“ fertiggestellt und dem Reichsrat zugeleitet. Das neue Gesetz regelt die gesamten Besoldungs- und Versorgungsansprüche der Minister. Sie erhalten danach keine Pensionen mehr, sondern nur ein Übergangsgeld für eine gewisse Zeit.

Der Staatsrat für das Konfordat.

Der Staatsrat stimmte dem Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Vatikan mit 44 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten gegen 36 Stimmen der Arbeitsgemeinschaft und der Kommunisten bei einer Stimmenthaltung in der Arbeitsgemeinschaft zu. Der Antrag, in das Gesetz eine Sperrfrist bis zum Vertragsabschluß mit der evangelischen Kirche einzubauen, wurde gegen 32 Stimmen der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Eine bürgerliche Koalitionsregierung in Mecklenburg?

Wie aus bestunterrichteten parlamentarischen Kreisen verlautet, sind Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung in Mecklenburg zwischen allen rechtsgerichteten Fraktionen: der Nationalen Einheitsliste, den Nationalsozialisten und dem Bauernbund, aufgenommen worden. Es kann mit einem erfolgreichen Ergebnis der Koalitionsbestrebungen gerechnet werden.

Aus In- und Ausland

Braunschweig. Bei der Beratung des städtischen Etats kam es zu einem erregten Zwischenfall. Der Stadtverordnete Simann von den Sozialdemokraten rief einem Redner schwere Beleidigungen zu und warf nach ihm ein schweres Tintenfaß, glücklicherweise ohne ihn zu treffen. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden ausgesetzt.

Paris. Die Kammer nahm den Antrag, der die Regierung um neue Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zum Hinausschieben des Fälligkeitstermins vom 1. August ersucht, durch Handaufheben an. Die Regierung wird also noch einmal in Verhandlungen mit Amerika treten müssen.

Simla. Die Truppen eines Verbündeten von Nadir Khan gegen Habibullah haben bei einem Angriff auf Gardez eine blutige Niederlage erlitten. Ihre Verluste an Toten und Verwundeten betrugen 300 Mann.

Ferien des Reichstages.

Nach 15stündiger Sitzung.

OB. Berlin, 28. Juni.

Niemals stürmisch wurden in der letzten Nacht die Arbeiten des Reichstages vor Beginn der sommerlichen Ferienpause beendet. Der Etat des Reiches gelangte nach den langen Wochen der Auseinandersetzungen zu ziemlich reibungsloser Annahme. Dagegen ging es äußerst lebhaft zu bei der Beratung über die Verlängerung des Republikstufungsgesetzes, die von der Regierung auf drei Jahre verlangt worden war. Bei der zweiten Beratung dieses Gegenstandes hatte die Wirtschaftspartei einen Antrag eingebracht, die Verlängerung nur bis zum 31. Dezember 1930 zu bemessen, womit sich die Regierung auch einverstanden erklärte. Mittlerweile war aber durch die Regierungsparteien des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein Entwurf über Bodenreform eingebracht worden. Durch dieses Vorgehen fühlte die Wirtschaftspartei die von ihr vertretenen Interessen bedroht und ließ bekunden, daß sie nunmehr nicht mehr an der Seite der Koalition stehen könne. Das zeigte sich alsbald bei der Abstimmung über das Republikstufungsgesetz, das nur 263 Stimmen der Regierungsparteien erhielt, dagegen waren 166 Stimmen der Rechten, der Kommunisten und der Wirtschaftspartei. Damit war die Verlängerung des Republikstufungsgesetzes gescheitert.

weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht war. Das Gesetz tritt somit am 22. Juli dieses Jahres außer Kraft. Im Hause brach auf der rechten Seite, bei den Nationalsozialisten und den Kommunisten großer Jubel aus, der von Handclatschen und Bravourrufen begleitet war. Vergeblich suchte sich Reichsinnenminister Seevering Gehör zu verschaffen. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Nach Wiedereröffnung sagte Seevering, wenn das Republikstufungsgesetz fehle, dann sei noch Artikel 48 der Verfassung da. Im Augenblick der Gefahr werde die Regierung nicht zögern, alles das zu tun, was das Interesse von Volk und Vaterland erfordert. Eine neue Vorlage an Stelle des abgelehnten Republikstufungsgesetzes soll vorbereitet werden.

Nach der Rede Seeverings kommen noch einige Abgeordnete zu Wort, die zum Teil den Reichsinnenminister scharf angreifen. Es entwickelt sich wieder Unruhe. Beleidigende Zurufe gegen Seevering ertönen fortgesetzt, so daß einige Ordnungsrufe und Ausweisungen aus dem Saale erfolgen. Dann wird weitergetagt. Die Änderung des Gesetzes über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer (lex Brüning) wird in der Ausschussfassung angenommen, die Änderung des Biersteuergesetzes abgelehnt und die Änderung des Zuckersteuergesetzes beschlossen, zugestimmt wird einem Antrag auf 15prozentige Erhöhung der Steigerungssätze bei der Invalidenversicherung. Annahme finden noch die verschiedenen deutsch-polnischen Abkommen.

Nach einer kurzen Pause beginnt eine neue Sitzung, in der die dritten Lesungen des Gesetzes über den Vermählungs- und über das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag erledigt werden. Schließlich wird der Reichsetat mit 243 gegen 152 Stimmen endgültig angenommen.

Präsident Löbe schließt nachts 1 Uhr die Verhandlungen, indem er des zehnjährigen Gedenktages des Friedensschlusses von Versailles gedenkt und feststellt, daß die Beziehungen gegen Deutschland, Alleinbündiger am Kriege zu sein, von keinem unabhängigen Gerichtshof der Welt heute mehr aufrechterhalten werden können. Das Haus quitiert mit einhelligem Beifall und geht dann in die Ferien. Dem Präsidenten wird die Ernennung erteilt, die nächste Sitzung nach seinem Ermessen einzuberufen.

Was das Reichskabinett für die Landwirtschaft getan hat.

Erklärung des Reichsernährungsministers.

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich empfing Vertreter der Presse, um im Anschluß an die letzten Zoll-erhöhungen nochmals Aufschluß zu geben, was das Reichskabinett für die Landwirtschaft bisher getan habe. Der Minister wies darauf hin, daß der Zuckerzoll von 10 auf 25 Mark erhöht worden sei, so daß die Konkurrenz aus Kuba und Java völlig ausgeschaltet sei. Der Landwirtschaft in Ostpreußen seien durch Sondergesetz auf drei Jahre 40 Prozent der Steuern erlassen worden.

Besonders viel verspricht sich der Minister von dem vom Reichstag angenommenen Vermählungsgesetz. Hierdurch sollen die Mühlen gezwungen werden 300 000 Tonnen deutschen Weizens mehr zu ver-

mahlen als bisher. Sollte auch das nicht genügen, so beabsichtigt der Minister eine Vermählungsverordnung zu erlassen, so daß die Mühlen gezwungen werden, in jedem Falle deutschen Weizen mit zu vermahlen. Durch die Erhöhung des Kartoffelzolls sei jede polnische Konkurrenz künftig ausgeschaltet worden. Mit Dänemark werden ausichtsreiche Verhandlungen geführt, die den Zweck haben, die Überfüllung der Viehmärkte mit dänischem Vieh namentlich im Herbst zu verhindern und so auf die Preise regulierend einzuwirken.

Polen beschwert sich.

Gegen Danzigs Bekenntnis zum Deutschtum.

Von polnischer amtlicher Seite wird folgende Mitteilung veröffentlicht:

„Die Danziger Presse bringt Nachrichten über Kundgebungen in den Gebieten der Freien Stadt Danzig, die anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gegen die Bestimmungen dieses Vertrages und gegen die Abtrennung eines Teiles des ehemaligen Deutschen Reiches von Deutschland gerichtet sind. Im Zusammenhang hiermit hat der diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig den Senat der Freien Stadt Danzig vor allem auf die ausdrücklich der Freien Stadt Danzig auferlegte Pflicht aufmerksam gemacht, die Bestimmungen des Versailler Vertrages und diejenigen Rechte zu achten, die der Vertrag Polen zuerkannt hat. Ferner hat der diplomatische Vertreter der Republik Polen darauf hingewiesen, daß derartige Kundgebungen, die gleichfalls gegen Polen gerichtet sind, sowohl für die wirtschaftlichen Interessen Polens als auch Danzigs schädlich sind.“

Die amtliche polnische Mitteilung kennzeichnet mit aller Deutlichkeit, daß das Bekenntnis Danzigs zum Deutschtum und zur deutschen Schicksalsverbundenheit von Polen nicht geduldet wird, obwohl theoretisch von polnischer Regierungsstelle stets das Gegenteil behauptet wird.

Betrügerischer Bezug von Arbeitslosenunterstützung.

Heimliche Gelegenheitsarbeit.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilt mit: Es dürfte nicht genügend bekannt sein, daß der unberechtigte Bezug von Arbeitslosenunterstützung nicht nur einen Anspruch von Rückzahlung der unrechtmäßig bezogenen Beträge zur Folge hat, sondern außerdem auch strafbar sein kann. In letzter Zeit sind in verschiedenen Fällen gerichtliche Verurteilungen wegen betrügerischer Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung erfolgt. Dabei handelt es sich auch um Fälle, in denen ein Arbeitsloser Gelegenheitsarbeit verrichtet, ohne hiervon dem Arbeitsamt Mitteilung zu machen. Die Verurteilung erfolgt in solchen Fällen zu empfindlichen Geld- bzw. Freiheitsstrafen.

Oberleutnant Schulz aus der Haft entlassen.

Aus ärztlichen Gründen.

Der Oberleutnant a. D. Schulz ist am 24. Mai d. J. aus dem Gefängnis Essen in das Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit zum Zweck ärztlicher Untersuchung übergeführt worden. Die Ärzte haben nunmehr ein Gutachten dahin erstattet, daß bei fortbestehender Haft eine schwere Gefährdung der Gesundheit des Schulz zu befürchten stehe und daß deshalb eine alsbaldige Unterbrechung der Strafverfolgung gegen Schulz, der sich seit dem 30. März 1925 ununterbrochen in Haft befindet, erforderlich sei. Demgemäß hat die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des preussischen Justizministers die Strafverfolgung einstweilen unterbrochen und ihn aus der Haft entlassen.

Schiffsbrand im Kieler Hafen.

Ein 8000-Tonnen-Dampfer in Flammen.

Auf dem 8000-Tonnen-Frachtschiff „Tai-Ping-Jang“, das an den Werftanlagen der Deutschen Werke in Kiel liegt, brach ein Feuer aus, dessen Befämpfung sich infolge der starken Rauchentwicklung sehr schwierig gestaltete. Das Feuer ist mittschiffs im Kesselraum entstanden, durchdrang die Schottenwand und griff auf den Maschinenraum über. Die Brandleitung mußte die Bordwand öffnen lassen, da die Feuerwehreinheiten trotz Anwendung von Rauchmasken nicht an den Herd des Brandes gelangen konnten.

Das Schiff war erst am 4. Mai dieses Jahres vom Stapel gelaufen und sollte am 20. Juli an die Reederei Wilhelm Wilhelmsen in Oslo abgeliefert werden. Über die Entstehung des Feuers verlautet noch nichts Bestimmtes. Der Brand erinnerte in seinen Einzelheiten an den großen Brand auf der „Europa“ in Hamburg.

Der Generalbevollmächtigte der Frau Subtow.

Stechbrief hinter dem Betrüger Iwanow.

Die Berliner Polizei sucht nach dem angeblichen russischen Rechtsanwalt und angeblichen früheren Minister Iwanow, gegen den von der Staatsanwaltschaft Bonn ein Steckbrief erlassen worden ist. Iwanow war der Generalbevollmächtigte der Frau Subtow, früheren Prinzessin Vittoria von Schaumburg. Die gegen ihn in Bonn geführte Untersuchung hat ergeben, daß er die Prinzessin um erhebliche Vermögenswerte betrogen hat. Ohne Wissen der Prinzessin hat er in ihrem Namen betrügerische Geschäfte aller Art durchgeführt.

In Berlin hatte Iwanow zahlreiche russische und deutsche Helfershelfer, mit deren Hilfe er, angeblich im Auftrage der Prinzessin, Gelder ausnahm, die er für sich verbrauchte. Die Memoiren der ehemaligen Prinzessin, die nach England verkauft worden sind, hat der Russe in Berlin noch einmal veräußert, natürlich für seine eigene Tasche.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 29. Juni 1929.

Ferien.

Ev. Johannes 5, Vers 17: „Mein Vater wirkt bisher.“ Tausende freuen sich auf die Ferien und ziehen hinaus. Sie wollen Ruhe und Erholung finden, und Ruhe und Erholung brauchen wir alle immer wieder. Nicht alle zur gleichen Zeit. Der Städter im Sommer, der Landmann im Winter. Alle aber jeden Sonntag. am

Feierabend und zur Nacht. Daran wird unsere Schwachheit deutlich, daß wir nicht arbeiten können, ohne auszuruhn. Wer seine Kraft überschätzt und überspannt, bekommt es bald zu spüren, daß er doch nur ein schwacher Mensch ist, dessen Kraft ihre Grenzen hat. Er muß ruhen, ob er will oder nicht. Sonst ist's vorbei mit seinem Schaffen. Es wird uns dadurch auch der Abstand deutlich, in dem wir unter Gott stehen. Er allein schafft unabhängig, Sommer und Winter, Tag und Nacht. Er erschöpft sich nie und braucht nicht Ruhe und Erholung. Denn er ist die Kraft, von der wir nur etwas haben. Und was wir an wirklich schaffender Kraft haben, das stammt aus ihm. Ja, das ist er selbst, er ist der Quell, aus dem wir immer neue Kraft trinken können und müssen. Darum sollten unsere Ferien und unsere Feiertage so in Ruhe und Selbstbesinnung und demütigem Suchen und Empfangen uns immer wieder zu diesem Lebensquell führen, um aus ihm zu trinken. Er wirkt. Dann bewirkt er in uns Erquickung und mit neuer Kraft wirken wir dann. Doch nicht wir, sondern er durch uns. So werden Ferien und Feiertage zu Quellen der Kraft.

Wetterausichten: Etwas günstiger.

Die Luftdruckstörungen hielten noch in der ganzen ersten Hälfte der letzten Frühlingswoche an. Die Folge davon waren außerordentlich starke Niederschläge und verbreitete Gewitter. Besonders kräftig waren die Regengüsse, die am Mittwoch niedergingen. Infolge der verbreiteten Regenfälle und der aus Norden strömenden kalten Luftmassen war in ganz Deutschland eine recht kräftige Abkühlung eingetreten. Aus dem Riesengebirge wurden sogar zur Sommer Sonnenwende Schneefälle gemeldet. Da sich die Gesamtluftdruckverteilung noch immer nicht ausgeglichen hat, dürfte sich die Besserung der Wetterlage nur langsam durchsetzen. Insbesondere muß man in Mittel-, Süd- und Südostdeutschland noch mit einer Wiederholung der Regenfälle rechnen. Immerhin scheinen die Gesamtausichten wesentlich günstiger zu sein.

Das Weihnachtszeugnis.

Obwohl es noch ein bißchen lange hin ist bis Weihnachten, steht in Preußen wenigstens, plötzlich das Weihnachtszeugnis zur Erörterung. Durch eine Verfügung des preussischen Unterrichtsministers ist es aktuell geworden. Alljährlich geschieht es, daß das Weihnachtszeugnis der Schulkinder in zahlreichen Familien den Kleinen und den Großen das Weihnachtsfest verdirbt. Die ganze Familie steht unter dem Druck eines schlechten Schulzeugnisses und es kann keine rechte Freude aufkommen unter dem Lichterbaum. Strenge Eltern fürchten dem Kinde wegen der schlechten Note das Weihnachtsfest, und man weiß aus trüber Erfahrung, daß oft noch Schlimmeres geschieht. Es haben sich in den letzten Jahren zwischen Weihnachten und Ostern auf Grund schlechter Zeugnisse zahlreiche traurige Vorfälle abgespielt, über die man am besten nicht viel redet. Die preussischen Schulbehörden glauben nun, daß das vieles besser werden könnte, wenn das Weihnachtszeugnis dem Schüler und der Schülerin nicht erst unmittelbar vor Weihnachten, sondern schon ein paar Wochen früher gegeben würde. In Preußen soll das fortan schon am ersten Dezemberabend geschehen. Man meint, daß sich von da bis Weihnachten der Groll der Eltern und die Angst des mit dem schlechten Zeugnis bedachten Schülers schon etwas gelegt haben könnten und daß dann einer friedlichen Weihnachtsfeier nicht viel mehr im Wege stünde. Die Praxis wird lehren, ob die Schulbehörden, die es sicher gut meinen, richtig gerechnet, oder ob sie sich wieder einmal verrechnet haben. Viele meinen, daß es am besten wäre, wenn man den Kindern die Weihnachtsfeier überhaupt nicht durch Zeugnisse verdirbt, aber so ganz richtig ist das auch nicht, denn da nach Weihnachten in den meisten deutschen Schulen das letzte Vierteljahr des Schuljahres anhebt, müssen die Eltern vor Jahres-schluß unbedingt über die Verfassungsaussichten ihrer Kinder unterrichtet werden. Fragt sich nur, ob das nicht doch vielleicht auf irgendeine weniger aufregende Weise als durch die Ausstellung von Zeugnissen, die wie Gerichtsurteile wirken, geschehen könnte.

Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bereich des Arbeitsamtes Lützenfeld in der Woche vom 20.—26. Juni 29.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Arbeitsamtes Lützenfeld hat sich in der Berichtswoche gegenüber der Vorwoche nicht wesentlich geändert.

Der Arbeitsmarkt war schwankend, die Beschäftigungslage in der Metallindustrie und im Hoch- und Tiefbauverwerbe uneinheitlich und unsicher. Eine größere Anzahl Metall- und Erdarbeiter kam in der Berichtswoche wieder zur Entlassung. Die Entlassungen in der Stadt und im Amt Lützenfeld konnten durch Neueinstellungen nicht ausgeglichen werden.

Gezählt wurden am 26. 6. 1929:

Hauptunterstützungsempfänger	
in der Arbeitslosenversicherung	449 (465)
in der Krisenfürsorge	111 (118)
Arbeitsuchende ohne Unterstützung	205 (155)
Notstandsarbeiter	125 (134)
Gesamt	890 (872)

Diese verteilen sich wie folgt:

	Hauptunterstützungsempf.	Arbeitsuchende ohne	Notstands-	Arbeitsuchende ohne	Zus.
	Unterst.	Unterst.	Unterst.	Unterst.	
Lützenfeld Stadt	185	22	—	107	314
Lützenfeld Amt	68	10	—	38	116
Halber	43	11	—	12	66
Kierspe	20	8	—	—	28
Weinertshagen	5	—	—	—	5
Altena	40	9	9	9	67
Werdohl	20	23	30	19	92
Neuenrade	8	3	20	6	37
Plettenberg Stadt	21	11	42	9	83
Plettenberg Amt	28	5	17	3	53
Herscheid	11	9	7	2	29
Zusammen:	449	111	125	205	890

Eine neuartige Werbeschrift hat der Verband Deutscher Nordseebäder soeben herausgebracht. Die gesamte Innenfläche des 12seitigen Faltblattes besteht aus einem in Tiefdruck hergestellten Bild, das eine Komposition von Aufnahmen darstellt, die charakteristisch für die deutschen Nordseebäder sind. Die Hauptansichten der einzelnen Badeorte werden in künstlerischer Weise durch Szenen vom Bade-, Strand-, Sportleben usw. miteinander verbunden. Die Rückseite des Faltblattes enthält neben einer Uebersichtsarte einen kurzen einführenden Text und ein Verzeichnis der Mitglieder des Verbandes Deutscher Nordseebäder e. V. Der Faltprospekt kann kostenlos vom Verband Deutscher Nordseebäder, Berlin W 8, Wilhelmstr. 45 bezw. durch alle Reise- und Auskunftsbüros bezogen werden.

Der Verband Deutscher Nordseebäder e. V. hat in Verbindung mit der Reichsbahndirektion Münster i. W. auch in diesem Jahr ein Fahrplanheft „An die Nordsee“ herausgegeben, in dem außer den wichtigsten Eisenbahnverbindungen mit den Nordseebädern in erster Linie auch alle Schiffsverbindungen von den Festlandplätzen nach den Inseln enthalten sind. Dieses Fahrplanheft, das sich einer besonderen Beliebtheit bei dem reisenden Publikum erfreut,

90 Frankfurter Straße 90

Apotheken und Drogerien.
 Woher zu haben: In Schalksmühle: Adler-Drog. A. C.

Die grüne Front.

Kurz vor Eoretschluf hat sich der Reichstag nun auch noch mit den agrarpolitischen Anträgen beschäftigt, die vor mehreren Monaten von den Vorstehenden der drei größten landwirtschaftlichen Organisationen — der „grünen Front“ — in einer umfangreichen Denkschrift dem Reichstag zugeleitet worden waren. Bei diesen in der Hauptsache zollpolitischen Forderungen geht man von folgendem Gesichtspunkte aus: Die deutsche Landwirtschaft arbeitet unter so großen Kredit-, Steuer- und abfapolitischen Schwierigkeiten, daß ihr zollpolitisch ein entsprechender Schutz um so mehr zu gewähren ist, weil ihre allgemeinen Produktionsbedingungen an und für sich schon viel schlechter sind als die der großen Erzeugungs- länder Amerika, Argentinien, Kanada, Australien usw. Der Zollschutz soll nicht etwa besonders hohe inländische Preise für die Agrarprodukte herbeiführen, sondern gleichmäßige, aber natürlich auch unter normalen Verhältnissen auskömmliche Preise.

Die Niesenproduktion der Überseegebiete in Roggen und namentlich in Weizen, wozu noch Restbestände aus dem vergangenen Erntejahr kamen, übt seit Monaten einen schweren Druck auf den deutschen Getreidemarkt nicht zuletzt deswegen aus, weil verschiedene europäische Staaten durch schnelle Zollerhöhung sich gegen eine Überflutung durch den amerikanischen Weizen geschützt haben. Deutschland vermag infolge seiner handelspolitischen Meistbegünstigungsbindungen auf diesem Wege vorläufig nicht zu folgen, wird sich aber durch die jetzt erfolgte Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, da er niedrige Zwischenzölle auf Getreide enthält, diese noch unter dem Vorkriegsniveau liegenden Zölle aber infolge der grundsätzlichen gewährten Meistbegünstigung auch allen andern mit Deutschland in Vertragsverhältnis stehenden Ländern gewährt sind, für die Zeit nach dem 15. Februar 1930 die Arme frei machen.

Infolgedessen wollen Regierung und Reichstag in den Grenzen des Möglichen, also durch wirtschaftspolitische Maßnahmen bei der Binnenerzeugung und -verwertung namentlich des Getreides, etwas zum Schutz der heimischen Produktion tun. Aus dem gleichen Gesichtspunkt heraus waren ja die bekannten Vorschläge der Landwirtschaft über die Schaffung eines Getreidehandelsmonopols erfolgt, das aber noch hinausgeschoben worden ist. Andere Anträge traten an seine Stelle, wobei vor allem den Mühlen der Zwang auferlegt werden soll, zu einem bestimmten Prozentsatz ihrer Gesamtvermahlung nur binnenländisches Getreide hereinzunehmen. Was man dabei letzten Endes will, tritt in einem Antrag des Landbundesführers Schiele zutage: Man nehme an der Reichsregierung werden verlangt, wodurch der Weizenpreis etwa auf einer Durchschnittshöhe von 260 Mark, der Roggenpreis auf nur 230 Mark gehalten, die Brotpreise aber vor einem Steigen über die Durchschnittshöhe Juli 1928 bis Juni 1929 bewahrt werden sollen, so daß eine Überbelastung des Konsums nicht eintreten darf. Denn gerade das soll unter allen Umständen verhindert werden; freilich ist die Opposition, die gegen diese Vorschläge laut geworden ist und auch mehrfach ihren Willen wenigstens teilweise durchgesetzt hat, demgegenüber der Ansicht, daß der Konsum einen Anspruch darauf habe, von der überproduktion in den überseeischen Getreideerzeugungs- ländern auch in Deutschland durch niedrigere Brotpreise zu profitieren. Dem hält die deutsche Landwirtschaft entgegen, daß der Brotkonsum auch nicht von dem enormen Absinken der Getreidepreise verspart.

Auch an den sonstigen agrarpolitischen Forderungen der „grünen Front“ sind durch die Beschlüsse des Reichstages nicht unbeträchtliche Abstriche erfolgt. Wieder einmal ging der Kampf um das Gefrierfleisch und abgelehnt wurde die Aufhebung des wirklich schon zu einer gewissen Verwahrheitung gebenden § 12 des Fleischbeschau- gesetzes, der genaue Bestimmungen über die veterinär- polizeiliche Prüfung auch des eingeführten Gefrierfleisches festlegt — Bestimmungen allerdings, deren Durchführung praktisch eine Verhinderung der Gefrierfleischzufuhr über- haupt veranlassen mußte.

Wenn jetzt auch beschlossen worden ist, die Kar- toffelzölle zu erhöhen, so braucht der Konsument darüber kaum zu erschrecken. Denn obwohl uns der Ver- sailler Vertrag gerade solche Gebiete nahm, in denen ein großer Teil der deutschen Kartoffelerzeugung vor sich ging, ist das übrige Deutschland immer noch in der Lage, den Bedarf des Binnenmarktes zu decken. Führten wir doch vor dem Kriege sehr erhebliche Kartoffelmengen aus und die Erzeugung von heute hat den Vorkriegsstand fast wieder erreicht. Das gleiche gilt für die Zuckerezeu- gung bzw. den Rübenanbau. Auch hier erfolgt eine, übrigens sehr geringfügige Heraushebung des Zucker- preises — wobei man nicht an der Feststellung vorbeie- gehen möchte, daß der im Jahre 1927 durchgesetzte höhere Zollschutz die deutsche Zuckerindustrie endlich wieder in die Lage versetzt hat, nicht bloß den Inlandsbedarf zu decken, sondern auch wieder zu exportieren.

Erhöht worden ist schließlich auch der Zoll auf Butter. Endlich hat sich nämlich die deutsche Landwirt- schaft aufgerafft, um der Qualitätskonkurrenz des Auslandes, namentlich Dänemarks, auf dem einzig vernünftigen Wege, also durch Erzeugung erstklassiger Ware — „Markenbutter“ — zu begegnen. Man möchte hoffen, daß dies mit Erfolg geschieht; denn in die Hunderte von Millionen geht, was wir an das Ausland für den Butterimport bezahlen und in unserer Handels- bilanz durch eine inländische Produktionssteigerung wenigstens zum Teil unserer Landwirtschaft zukommen lassen könnten.

Aus der Besorgnis heraus, daß diese Zollerhöhungen zu Preissteigerungen führen würden, hat die Linke, also Sozialdemokraten, Kommunisten, aber auch Mitglieder anderer Parteien eine ablehnende Haltung eingenommen, ist manche Forderung der „grünen Front“ aber auch durch Beschlüsse der Regierungskoalition stark herabgeschraubt worden. Aber die Reichstagsmehrheit läßt sich von fol- gender Überlegung leiten und in ihren Beschlüssen be- stimmen: Es stehen derart große volkswirtschaftliche Werte auf dem Spiel — wobei man z. B. daran denken möge, daß der Wert der deutschen Mollereierzeugnisse allein schon etwa noch einmal so groß ist wie der der deutschen Kohlen- erzeugung — sei andererseits die Lage der deutschen Land- wirtschaft eine so bedrohliche, daß die Produzenteninter- essen zu berücksichtigen, dringendes Gebot der Stunde sei.

Die Schallplatte im Dienste des Chorgesangs.

Ein wertvolles Hilfsmittel.

Aus unserer Kindheit Tagen klingt uns heute noch der Metallton alter Spielflöten in den Ohren und auch die ersten Versuche mit Schallplatten sind noch schauer- haften Andenkens im Gedächtnis. Aber welche Wendung durch den rasanten Fortschritt unserer Technik! Unsere

Industrie ist heute so auf der Höhe, daß die Abneigung selbst der größten Pessimisten gegen Schallplatten zu weichen beginnt.

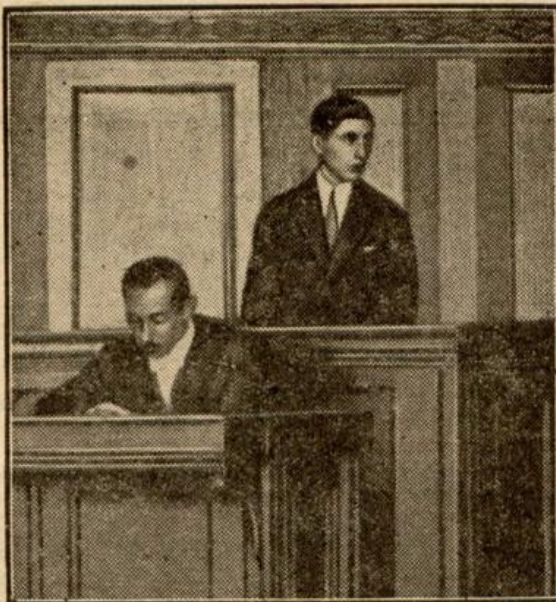
Wie steht es nun mit Chören auf Schallplatten? Schon heute finden wir ein „wohlaffortiertes“ Lager schöner alter, aber auch neuer Chöre, gesungen von den bekann- testen Männer- und gemischten Chören unter Führung von Chormeistern von Rang und Namen. Das sollte doch zu denken geben. Wenn Musiker von Ruf sich nicht versagen und auch die Vereine ihren guten Namen für die Sache hergeben, so darf man doch nicht annehmen, daß dies nur des Gewinnes wegen geschieht. Es muß doch noch etwas an der Sache sein, das der ideellen Einstellung der betreffenden Vereine zum Chorgesang gerecht wird.

Unsere großen und leistungsfähigen Vereine ent- falten ihre Tätigkeit mit verschwindenden Ausnahmen in ihrer Heimatstadt; gelegentliche Konzertreisen können uns in dieser Anschauung nicht wandeln machen, denn sie sind ja nur gelegentlich. Man kann die Vereine, welche regel- mäßig ihre hochentwickelte Kunst ins Land hinaustragen und damit unserer Sache unschätzbare Dienste leisten, an den Fingern einer Hand abzählen. Dazu kommt, daß bei diesen Reisen nur immer größere Städte berücksichtigt werden können, denn es dürfte kaum Vereine geben, die bei ihren Reisen auf die Erträgnisse der Konzerte ganz verzichten können. Kleinere und kleinste Orte haben also nie Gelegenheit, in ihren eigenen Mauern einen Verein von Rang beherbergt und ihn geschlossen auftreten zu sehen. Für strebsame Vereine und Dirigenten gibt es aber kaum eine bessere Gelegenheit, sich an den Leistungen leistungsfähiger Vereine heran- und weiterzubilden, als das persönliche Anhören. Das ist aber heute nur durch die Schallplatte möglich, denn die Radioübertragungen von Chorgesängen vermögen noch nicht letzte Wünsche zu be- friedigen, außerdem sind sie immer nur einmalig. Heut- zutage dürfte es wohl kaum einen Weiler, geschweige denn ein Dorf ohne Sprechmaschine geben und somit ist es überall möglich, Schallplattenübertragungen vorzunehmen. Den Chorerzieherischen Wert solcher praktischen Vorführungen möge man nicht gering einschätzen, denn man kann allenthalben beobachten, mit welcher rührenden Eifer gerade in den kleineren Ortschaften das Chorgut verarbeitet wird. Und welcher Dirigent, welcher Verein würde an Musterdarbietungen nicht profitieren!

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß sich der Durchführung dieser Chorerziehung durch die Schall- platte noch ganz erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Auswahl des Liedgutes ist im all- gemeinen befriedigend und paßt insbesondere für die Vereine auf dem Lande ausgezeichnet. Es handelt sich in der Hauptsache um Volkslieder und vortreffliche, auch für kleine Vereine erlernbare Chöre. Ein wesentlicher, den erzieherischen Wert hemmender Mangel besteht darin, daß die technische Entwicklung noch nicht so weit vorge- schritten ist, um, ähnlich der Zeitlupe im Film, bestimmte Stellen eines Werkes langsam und deutlich spielen zu lassen. Gewiß kann man den Sprechapparat langsam laufen lassen, allein es dürfte damit gerade das Gegenteil von dem erreicht werden, was man beabsichtigt, denn ohne dauernde Verzerrung des Tonstücks dürfte ein der- artiges Experiment kaum ablaufen. Ein zweiter er- schwerender Umstand im Gebrauch von Schallplatten für den gedachten Zweck liegt darin, daß das Stück immer von vorn gespielt werden muß; wenn eine sichere Ein- stellung mitten im Werk gelingt, so ist dies dem Zufall zu verdanken. Gerade das aber wäre für Einstudiierungs- zwecke wünschenswert.

Das größte Hindernis liegt in folgendem: Der An- schaffungspreis ist zu teuer und die Auswahl bleibt auf die „gangbaren“ Sachen beschränkt. Die Schallplatten- firmen können sich nicht lediglich von erzieherischen und kulturfördernden Momenten bei ihrer Produktion leiten lassen, es sind kaufmännische Gesichtspunkte maßgebend. Ohne Überzeugung von dem genügenden Absatz kommt sicherlich kein Chorkörper vor den Aufnahmeapparat. Die aufgezeigten Schwierigkeiten zu beheben, wäre Sache eines genialen „Erfinders“. Vielleicht geben die vor- stehend aufgeführten Gedanken einen Fingerzeig, nach welcher Richtung die Entwicklung schreiten muß. Kann dann die Sache so eingerichtet werden, daß sie für die interessierten Kreise erschwinglich ist, so ist dem Chor- gesang damit größter Dienst geleistet.

Tragödie der Jugend.



Manasse Friedländer (stehend), der sich wegen Totschlages vor einem Berliner Schwurgericht zu verantworten hat. Vor ihm sitzend sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Brandt.

Der Totschlagsprozeß Friedländer.

Die Eltern des Angeklagten als Zeugen.

Der zweite Verhandlungstag im Totschlagsprozeß Manasse Friedländer brachte bei unermindertem großem Interesse die Fortsetzung der Zeugen- und Sachver- ständigervernehmung. Professor Violet, einer der früheren Lehrer des Angeklagten, sagte aus, er habe an Manasse eine Art von passivem Widerstand beobachtet. Der Schüler sei von den anderen Schülern häufig gehänselt worden, worauf sich Manasse als lässig geäußert habe. Man könne ihn als eine Art Einspänner bezeichnen, der sich gern absonderte. Unter großer Spannung erfolgte dann die

Vernehmung des Vaters

des Angeklagten, der angab, daß sein Sohn in der letzten Zeit vielfach sehr niedergedrückt gewesen sei, wahrheitsgemäß, weil er keine rechte Arbeit gehabt habe. Er gebe zu, daß er seinen Sohn Waldemar vielleicht bevorzugt habe, weil er zu- traulicher und offener gewesen sei. Im übrigen habe er alles

getan, damit seine Kinder ein gutes Fortkommen hätten. Manasse sei heftig, auch lässig gewesen. Eine Erklärung für die Tat seines Sohne könne er, der Vater, nicht finden. Wenn sein Sohn wieder frei sei, solle er ins Elternhaus zu- rückkehren, da man ihm zu Hause nichts nachtrage. Tief ver- schleiert trat dann

die Mutter des Angeklagten,

Frau Rosa Friedländer, an den Zeugenstand. Zu der Ver- schlechterung des Verhältnisses zwischen den beiden Brüdern, so erklärte sie, habe das Dazwischentreten von Tibor Földes beigetragen. Beklagt habe sich Manasse bei ihr niemals. Wenn Waldemar vorgezogen wurde, so habe das in eigenen Verhalten Manasses gelegen. Auf dem Zeugen- stand erschien nunmehr der

Vater des erschossenen Tibor Földes,

ein geborener Ungar, der jetzt in Deutschland als Schrift- steller lebt. Es sei, sagte er, durch die Freundschaft seines Sohnes mit Waldemar Friedländer ein Haß zwischen den beiden Brüdern Friedländer entstanden. Er wisse ganz be- stimmt, daß Waldemar den Manasse gehaßt habe. Auch sein Sohn habe eine Abneigung gegen Manasse empfunden, da dieser verschlossen gewesen sei und einen Spaß nie mitgemacht habe. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob er Waldemar für brutal gehalten habe, erwidert der Zeuge, Waldemar habe keinen brutalen Charakter gehabt. Er sei ein guter Mensch gewesen, der niemals mit seiner Körperkraft geprahlt, sondern nur das Bestreben gezeigt habe, in geistiger Beziehung vor- wärtszukommen.

Der Sachverständige über die Bestrafung.

Zum Schluß der Verhandlung richtete Rechtsanwalt Artur Brandt an den Sachverständigen Sanitätsrat Dr. Lepp- mann die Frage, wie auf den Angeklagten eine längere Freiheitsstrafe wirken werde. Der Sachverständige er- klärte, daß ohne Frage eine lange Freiheitsstrafe den jungen Menschen schwer gefährden müsse. Darauf bat der Erste Staatsanwalt Jäger den Sachverständigen, sich dar- über zu äußern, ob hier ein Fall vorliege, für den die An- ordnung der bedingten Strafaussetzung in Frage käme. Sanitätsrat Leppmann antwortete hierauf: „Ich glaube, ja.“ Damit schloß der Vorsitzende die Beweisau- nahme und vertagte die Verhandlung auf Freitag, wo zu- nächst der Staatsanwalt plädieren wird. Das Urteil ist am Freitag zu erwarten.

Sechs Jahre Gefängnis für Manasse Friedländer.

In dem Totschlagsprozeß gegen Manasse Fried- länder, der seinen jüngeren Bruder, Waldemar Fried- länder, und dessen Freund Tibor Földes im Verlaufe eines Streites erschossen hatte, wurde Freitag nachmittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Die Unterjuchungs- haft wird ihm voll angerechnet.

Der Staatsanwalt hatte für jeden Fall des Tot- schlages drei Jahre Gefängnis und für den unerlaubten Waffenbesitz drei Monate Gefängnis beantragt; diese Einzelstrafen sollten in eine Gesamtstrafe von fünf Jahren und einen Monat Gefängnis zusammengezogen werden.

Keine Bewährungsfrist.

Wieder einmal ist ein Aufsehen erregender Prozeß zu Ende gegangen. Besonders die Elternschaft war sehr interessiert daran. Handelt es sich doch bei dem Totschlags- prozeß gegen Manasse Friedländer um Er- ziehungsfragen und die Lösung eines Problems jugen- dlicher Geistesverwirrung. Das Gericht hat Friedländer die Bewährungsfrist für den Strafvollzug versagt. Zum großen Erstaunen aller Prozeßbeteiligten und des Publikums. Glaube man doch sicherlich nach den letzten Verhandlungen, daß das Gericht von der Vollstreckung des Urteils einstweilen absehen würde, um erst zu sehen, ob nicht die furchtbaren Ereignisse, die der Angeklagte durch- gemacht hatte, ob nicht die Schrecken der Untersuchung und die Gerichtsverhandlung, ob nicht die drohende Verbüßung einer langjährigen Gefängnisstrafe bessernd und läuternd auf Friedländer einwirken würden.

Nach der Verkündung des Urteils richtete der Vorsitzende an den Verteidiger die Frage, ob er noch irgendwelche Anträge zu stellen habe. Der Verteidiger erklärte, er bitte das Gericht, zu prüfen, ob und inwieweit im vorliegenden Falle eine Be- währungsfrist in Frage komme. Der Staatsanwalt selber habe ja gestern diese Frage angeschnitten.

Darauf ergriff Erster Staatsanwalt Jäger das Wort und erklärte, daß er die Prüfung dieser Frage im Augenblick für verfrüht halte. Man müsse erst einmal sehen, wie auf den Angeklagten die Strafe wirken würde. Er glaube allerdings auch, daß sie sehr schwer auf ihn wirken würde.

Der Vorsitzende fragte darauf den Angeklagten, wie er sich zu der Frage der Bewährungsfrist stelle. Dieser antwortete: „Es wäre mir sehr angenehm, wenn mir eine Bewährungs- frist zugebilligt wird.“

Das Gericht zog sich darauf zur Beratung zurück und ver- kündete nach kurzer Zeit, daß es den gegenwärtigen Augen- blick nicht für geeignet halte, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Aus der Begründung des Urteils

ist noch hervorzuheben, daß das Gericht Notwehr oder Furcht, die zur Begehung der Tat geführt hätten, nicht annehmen konnte. Das Gericht sei der Ansicht, daß Friedländer mit dem Gedanken bereits vorher gespielt habe, von der Waffe gegen seinen Bruder Gebrauch zu machen. Die Tat sei mit Vorsatz, aber ohne Überlegung

ausgeführt worden. Wohl habe der Angeklagte vorher die Tat in den Kreis seiner Gedanken gezogen, aber im Augenblick selbst habe er ohne Überlegung gehandelt. Da er den Bruder und den Freund erschossen habe, hätte die Strafe nicht ganz gering ausfallen dürfen, besonders auch bei Berücksichti- gung der Intelligenz des Angeklagten.

Die Ablehnung des Republikshutgesetzes

ist ein Ereignis, das in politischen Kreisen das größte Auf- sehen erregt hat. Auch die Berliner Presse beschäftigt sich mit der Angelegenheit in ausführlichen Kommentaren.

Der sozialdemokratische Vorwärts schreibt: Der Republik bieten sich immer noch gefährliche Möglichkeiten zur Verteidigung. Sollten sie sich als unzureichend er- weisen, so würde der Druck der Volksschicht für ihre Verwehrung sorgen. Denn letzten Endes sind es nicht die Paragrafen, die der Republik den wirksamsten Schutz ge- währen, sondern es ist der Wille der Massen, sie zu schützen gegen jene, die mit brutaler Gewalt das Terrorrecht einer Minderheit aufrichten wollen. Aus diesem Willen war auch das Gesetz zum Schutz der Republik geboren. Nach Rathenaus Ermordung standen Millionen in den Straßen der deutschen Städte und forderten von der Republik, daß sie gegen ihre Feinde stark sei. Sie wird stark bleiben auch nach dem Fall des Gesetzes, das zu ihrem besonderen Schutze bestimmt war. Auf dem Willen des Volkes ruht ihre Kraft!

In der demokratischen Volksschen Zeitung wird fol- gende Auffassung vertreten: Die Regierung hat keine Niederlage erlitten, weil sie den schlimmen Schacher um das Heimstätten Gesetz verweigert, der „Wirtschaftspartei“ die Stimmen nicht abgekauft hat, und die Republik als reale Macht ist stark genug, um auch ohne das Schutzgesetz